

# Kartell der Freiwilligen

Entwurf 2007-08-03 / Partein neutrale Fassung

Selten zuvor befanden sich in Deutschland die Bürgerrechte so sehr auf dem Rückzug wie heute. Vor allem mit Überwachungsmaßnahmen – repressiv und präventiv – versucht die große Koalition der Ängstlichen, ihre Kontrollsucht zu befriedigen. Gerechtfertigt werden diese Maßnahmen mit drohenden Gefahren wie Terrorismus, politischem Extremismus, Gewaltkriminalität, und Kinderpornografie. Wenngleich diese Gefahren im Prinzip sicherlich real sind, so wird ihre Bedeutung dank endloser und in der Regel nebulöser Beschwörung mittlerweile von der Bevölkerung maßlos überschätzt. Es ist in Deutschland wahrscheinlicher, HIV-bedingt (~500/Jahr), im Straßenverkehr (~5.000/Jahr), oder durch (i.d.R. psychisch bedingten) Selbstmord (~10.000/Jahr) zu sterben<sup>1</sup>, als Opfer eines Terroranschlags zu werden. Während das enorme Maß an Verkehrsunfällen und Selbstmorden – von den Hunderttausenden Toten durch Hunger, Seuchen, und Umweltverschmutzung in den Entwicklungs- und Schwellenländern ganz zu schweigen – von der Gesellschaft mehrheitlich toleriert wird, wird die Debatte über die innere Sicherheit ins Hysterische übertrieben.

Leider fehlt es auch sonst an der eigentlich dringend nötigen Sensibilität der Bürger betreffend ihrer Privatsphäre und ihrer persönlichen Daten. Durch eine schleichende und ungefragte Einführung von unsichtbarer Datensammlungstechnik durch Einzelhandel und Dienstleister (Aufbau und Vernetzung von Kundendatenbanken, Erstellung von Konsum- und Verhaltensprofilen mittels Rabattkarten, Scoring-systeme, etc.) in den letzten 10-20 Jahren und durch eine – allen mahnenden Rufen zum Trotz – unzureichende Reaktion des Gesetzgebers wurde die Gesellschaft überrumpelt. Nun, da Datensammlung und Profilerstellung allgegenwärtig sind, bleibt dem Bürger kaum Anderes übrig, als das Maß seiner Erwartungen an Freiheit und Privatsphäre an das Erreichbare anzupassen, um nicht zu verzweifeln. So verwundert es nicht, dass nunmehr Viele auch gegenüber *staatlichen* Überwachungsmaßnahmen lediglich die Defensivposition beziehen, sie hätten ja nichts zu verbergen.

Diejenigen, die nicht bereit sind, ihre Erwartungen an Freiheit den Vorstellungen kontrollwütiger Regierungen und Konzerne anzupassen, laufen Gefahr, gesellschaftlich und politisch marginalisiert zu werden. Das Unglück, dass alle drei Bundestagsparteien, die noch im Wesentlichen vertretbare bürgerrechtliche Positionen darstellen, derzeit als Zuschauer auf die Oppositionsbänke verbannt sind, ist aber gleichzeitig eine seltene Gelegenheit, das politische Ruder herumzureißen. Es eröffnet sich für diese Parteien die Möglichkeit, ein **Kartell der Frei(heits)willigen** zu bilden, um in Koalitionsverhandlungen nach der nächsten Bundestagswahl die Rückgewinnung bürgerrechtlichen Bodens durchzusetzen anstatt sich gegeneinander ausspielen zu lassen – unabhängig von ihren Positionen in anderen Politikbereichen. Wer aus Eitelkeit oder Verachtung der einen oder anderen Partei vor einem solchen Zweckbündnis zurückschreckt, der möge sich nochmals vor Augen führen, dass dieser Vorstoß ein *Kartell*, und *keine Koalition*, im Sinne hat.

Es ist nun an den Vorständen der drei Oppositionsparteien, miteinander in Verbindung zu treten und über einen Katalog von Forderungen zu verhandeln, der von allen drei Parteien bei den nächsten Koalitionsverhandlungen als unverhandelbar betrachtet werden soll. Dazu könnten beispielsweise gehören:

- Sofortige unabhängige und wissenschaftliche Evaluation aller seit 2001 vom Deutschen Bundestag beschlossenen strittigen Sicherheitsmaßnahmen, und Rücknahme aller Maßnahmen, die sich danach als ineffektiv oder unverhältnismäßig erweisen.
- Umfassende Modernisierung und Erweiterung des Datenschutzrechts auf aktuelle technische Gegebenheiten (Videoüberwachung, RFID-Funkchips, etc.).
- Rücknahme der (dann wohl beschlossenen) Verpflichtung zur TK-Vorratsdatenspeicherung, ggf. unter Inkaufnahme einer Verletzung von EU-Verträgen. Hinwirkung auf Aufhebung der entsprechenden EU-Richtlinie.
- Investition in Maßnahmen, die dazu beitragen, die Ursachen von Terror und Kriminalität zu mindern, z.B. aufklärerische Extremismusbekämpfung, vermehrte und besser kontrollierte Entwicklungshilfe, sowie nicht zuletzt sozial gerechtere Bildungspolitik.

Kontakt: [kartell@gruene-freiheit.de](mailto:kartell@gruene-freiheit.de)

---

<sup>1</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005